



Gute Arbeit für die Menschen

SPD

Entgeltgleichheit schaffen

18. Juni 2012

Die Gleichbehandlung von Frauen und Männern bei Lohn und Gehalt ist ein Grundrecht. Doch der Durchschnittsverdienst von Männern ist um 23 Prozent höher als der von Frauen. Damit belegt Deutschland innerhalb der Europäischen Union und auch innerhalb der OECD einen der letzten Plätze. Frauen, die zwischen 1936 und 1955 geboren sind, verdienen nicht einmal die Hälfte des Lebensinkommens der Männer. Über den Lebensverlauf entsteht eine Einkommenslücke von erschreckenden 58 Prozent.

Die Ursachen dafür sind vielfältig. Einerseits gibt es strukturelle Diskriminierung: in den sogenannten „typischen Frauenberufen“ sind die Einkommen gering, der große Anteil an Frauen mit Erwerbsunterbrechungen, Frauen sind öfter als Männer in Teilzeit oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Auch der geringe Anteil an Frauen in Führungspositionen führt zu dem großen Ungleichgewicht.

Doch das allein erklärt die Lohnlücke nicht. Es besteht eine Diskriminierung beim Entgelt, die allein auf das unterschiedliche Geschlecht zurückzuführen ist.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat darum das Entgeltgleichheitsgesetz in den Bundestag eingebracht. Der Gesetzentwurf schafft endlich einen rechtlichen Rahmen für die Prüfung und Beseitigung von Entgeltdiskriminierung. In drei Schritten erreicht man dabei gerechter Bezahlung von Frauen und Männern:

Schritt eins stellt Transparenz her. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes zertifiziert Prüfungsverfahren und Sachverständige. Sie prüft cursorisch (nicht detailliert) Tarifverträge. Diskriminierende Regelungen müssen von den Tarifparteien beseitigt werden. Die Arbeitgeber müssen regelmäßig ihre Entlohnungspraxis überprüfen. Die betriebliche Interessensvertretung muss daran beteiligt werden.

Die Ergebnisse der Prüfung sind im Betrieb zu veröffentlichen und an die Antidiskriminierungsstelle zu übermitteln. Ergibt die cursorische Prüfung keinen Hinweis auf Diskriminierung, so ist das Verfahren damit abgeschlossen.

Schritt zwei setzt den Prozess zur Herstellung von Entgeltgleichheit in Unternehmen in Gang. Bei Entgeltgleichheit wird in Betrieben mit Betriebsrat eine Einigungsstelle gebildet. In Betrieben ohne Betriebsrat müssen mithilfe eines Sachverständigen innerhalb eines Jahres Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Das Europäische Recht regelt, dass bei Feststellung von Ungleichheiten beim Entgelt eine Anpassung der Gehälter nach oben erfolgen muss.

Schritt drei beinhaltet Mittel zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit und die gegebenenfalls notwendigen Sanktionen, damit die Unternehmen tatsächlich aktiv werden. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes erstellt Listen mit Betrieben, die ihrer Prüfungspflicht nicht gesetzestreu nachkommen. Als zuständige Behörde kann sie Bußgelder in Höhe von bis zu 500.000 Euro verhängen.

Das sind insgesamt längst überfällige und wichtige Schritte zur tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern.

Liebe Freundinnen und Freunde,

selbst die Regierungskoalition hat offensichtlich kein Interesse am Betreuungsgeld. Anders lässt es sich wohl kaum erklären, dass ein Drittel der CDU/CSU und FDP Abgeordneten es nicht ins Plenum geschafft haben und die Beratung der unsinnigen „Herdprämie“ nicht stattfinden konnte. Der Deutsche Bundestag musste wegen Beschlussunfähigkeit seine Sitzung abbrechen. Aber nachhaltige Familienpolitik sieht sowieso ganz anders aus!

Euer Achim Barchmann

Berlin ist eine Reise wert – Teilnehmer aus Wolfsburg auf Betriebsrätekonzferenz der SPD

Am 13. Juni 2012 fand in Berlin die alljährliche Betriebs- und Personalrätekonzferenz der SPD-Bundestagsfraktion statt. Unter dem Motto „Arbeit sichern – Wege öffnen“ diskutierten Vertreter aus Politik und Gewerkschaften über Leiharbeit, Minijobs und den Missbrauch von Werkverträgen. Peer Steinbrück und DGB-Chef Michael Sommer begeisterten zu Beginn der Konferenz mit starken Worten, wie nötig wir endlich wieder faire Regeln auf dem Arbeitsmarkt brauchen. Auch Wolfsburg war in diesem Jahr wieder mit drei Betriebsräten vertreten. „Die Gespräche zwischen der SPD-Bundestagsfraktion und den Vertretern der Gewerkschaften waren sehr konstruktiv und geben beiden Seiten neue Impulse zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation“, freute sich Norbert Lem, Betriebsratsmitglied bei VW.



Sascha Stark, Benjamin Stern (beide AutoVision), Achim Barchmann, MdB und Norbert Lem (VW) bei der Betriebsrätekonzferenz der SPD in Berlin

Die Bundesregierung hingegen ignoriert das Problem völlig und fällt allein durch völlige Untätigkeit auf. Um so interessanter sind die Denkanstöße, die von unserer Konferenz ausgehen und hoffentlich auf fruchtbaren Boden fallen.

Wir brauchen endlich mehr Zusammenarbeit!

In der vergangenen Woche haben der Helmstedter Landrat Matthias Wunderling-Weilbier und der Wolfsburger Oberbürgermeister Klaus Mohrs ihre Vorstellungen zu einer verstärkten Zusammenarbeit der beiden Gebietskörperschaften vorgestellt. Diese Vorschläge begrüße ich sehr. Ich kenne die Stärken und Schwächen sowohl von Helmstedt als auch von Wolfsburg und finde, dass die beiden sich hervorragend ergänzen könnten. Deshalb verstehe ich die Aufregung in der CDU nicht. Es ist ein glücklicher Zufall, dass sowohl der Wolfsburger Oberbürgermeister als auch der Helmstedter Landrat im vergangenen Jahr mit überwältigenden Mehrheiten neu ins Amt gewählt wurden und nun endlich gemeinsam wichtige Diskussionen anstoßen, die andere jahrelang verschlafen haben.

Nun gilt es in den Gesprächen mit Politik sowie mit Bürgerinnen und Bürgern konkrete Handlungsfelder zu benennen und erste Projekte anzuschieben. Matthias Wunderling-Weilbier und Klaus Mohrs haben ihre Ziele klar formuliert: Sie wollen bessere, kostengünstigere Dienstleistungen für die Menschen und Unternehmen erreichen und zusammen mit den politischen Institutionen das Heft des Handelns in der Hand behalten. Ich möchte nicht, dass Hannover entscheidet, wie es in unserer Region weitergeht. Wir brauchen die besten Lösungen für und mit den Menschen vor Ort. Die verstärkte Zusammenarbeit, aber auch eine spätere Fusion, werden sicherlich keine negativen Auswirkungen auf die Kooperationen mit dem Landkreis Gifhorn haben. In Richtung CDU kann ich nur sagen: Wer davor Angst hat, kennt Marion Lau nicht. Sie sucht und findet für Ihren Landkreis Gifhorn immer den besten Weg!

Termine:

23. Juni 2012 ab 15.00 Uhr	Festakt und Ausstellungseröffnung „Stadt, Land, Wolfsburg“ Innenhof des Wolfsburger Schlosses
24. Juni 2012 ab 10.00 Uhr	Bürgerfrühstück Hollerplatz in Wolfsburg